

Rede zum Antrag

Mitgliedschaft Clausthal-Zellerfeld im "Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V."

von Olaf Franz

Am 17. September fand die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Schule, Sport und Gesellschaft der Berg und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld statt. Dort stand der Antrag der FDP-Fraktion (050/2026-001) zur Mitgliedschaft der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld im Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. auf dem Verwaltungsvorschlag der Tagesordnung. Doch zu Beginn der Sitzung wird über die Tagesordnung vom Ausschuss abgestimmt. Der SPD-Ratsherr Steffen Pluta hatte beantragt, den Antrag von der Tagesordnung zu streichen. Mit den Stimmen der SPD und CDU wurde der Antrag von der Tagesordnung gestrichen und die geänderte Tagesordnung beschlossen.

Es ist üblich, dass der Antragsteller seinen Antrag zur Beratung in die Sitzung mit einer Rede einbringt. Deshalb hatte ich eine Rede vorbereitet, die ich – nach Änderung der Tagesordnung am 17. September 2026 nicht halten durfte.

Sie ist aber nun für jedermann, über die Webseite der FROHWG nachlesbar.

„Ich bin froh heute so viele Vorstandsmitglieder des Fördervereins Robinsonspielplatz Harz e.V. hier zu sehen, die zum Teil sogar ein Stimmrecht in diesem Ausschuss besitzen.

Denn die Wurzeln dieses Antrages reichen 7 Jahre zurück in eine Vorstandssitzung dieses Fördervereins. Wir hatten damals schon lange dafür gekämpft, dass es ein Spielplatzkonzept für die Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld gibt. Aber irgendwie war das Verhältnis zum Rathaus zerrüttet und Brita Schweigel, die uns zu Beginn ihrer Amtszeit noch auf der Mitgliederversammlung mit Grußworten überschüttete, war nicht bereit dieses Konzept in Gang zu setzen.

Wir hatten ein Überlastungsproblem beim bergbaulichen Robinsonspielplatz Harz und wollten, dass es durch die Sanierung weiterer Spielplätze gelöst wird. Aber nichts geschah. Wir erhielten stattdessen sogar Verbote auf dem bergbaulichen Robinsonspielplatz Harz neue Spielgeräte zu errichten.

Da brachte der Vorsitzende Rainer Wiedemann die Informationen und die Idee vom Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ zu einer Vorstandssitzung mit und wir diskutierten den Gedanken darüber das Rathaus zum Handeln zu zwingen. Das fiel in eine Zeit als der Rat auf Antrag des Ratsherren Sebastian Lex beschossen hatte die Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele bei den Ratsvorlagen abprüfen zu lassen.

Letzten Endes nahm Steffen Pluta das Thema mit zur SPD und die machte es zu einem zentralen Wahlkampfthema bei der Kommunalwahl 2021. Die SPD errang dabei fast die absolute Mehrheit. Doch irgendwie war das Thema danach uncool und geriet in Vergessenheit. Erst gestern habe ich mit dem Ratsherrn Karl-Heinz Ehrenberg über das Thema gesprochen und er bedauerte, dass die SPD von diesem Ziel während der laufenden Legislaturperiode Abstand gewann. Aber Steffen hat weiter inhaltlich für die Sache gekämpft und dafür müssen wir ihn wirklich loben. Auch das Spielplatzkonzept wurde durch die neue Hauptverwaltungsbeamtin vorangetrieben. Wir können schöne Erfolge sehen.

Aber weder tauchen die UN-Nachhaltigkeitsziele in den Vorlagen auf, noch hat die Sache „Kinderfreundliche Kommune“ die nötige Struktur gewonnen.

Nun stehen wir kurz vor der letzten Ratssitzung dieser kommunalen Legislaturperiode. Da wollte die FDP-Fraktion den Genossen helfen. Wir haben den Antrag eingebracht, damit die SPD ihre Wahlversprechen erfüllen kann.

Einen ersten Schritt haben wir bereits bei der letzten Ratssitzung geschafft, indem der erste Mitgliedsbeitrag per Nachtragshaushalt 2026 bereitgestellt wurde.

Nun möchten wir, dass wir auch die Grundsatzentscheidung treffen, den Mitgliedsantrag für den Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. auszufüllen und abzuschicken.

Dabei sind wir durchaus flexibel. Deshalb schlage ich heute vor, dass wir die Mitgliedschaft zum 1.1. 2027 beantragen und den bereitgestellten Mitgliedsbeitrag aus dem Haushalt 2026 in den Haushalt 2027 übertragen. So hat der neue Bürgermeister Zeit sich und die Stadtverwaltung zu organisieren. Es wird ja ein SPD-Bürgermeister sein, entweder weil er ein SPD-Parteibuch besitzt oder weil er von der SPD nominiert wurde. Wir trauen beiden Kandidaten zu, dass sie das Rathaus so organisieren, dass keine weiteren Kosten auftreten, als der nötige jährliche Mitgliedsbeitrag. Eventuell schreiben sie einfach ihre Kontaktdaten in den Aufnahmeantrag und erklären das Thema so zur Chefsache.

Warum wir dieses Thema so bedeutend finden, dass ich es sogar auf mein Wahlplakat schreiben ließ, erkläre ich Euch dann am Donnerstag in zwei Wochen auf der Ratssitzung.“